

Antrag 11/I/2025

**Unterbezirk Dahme-Spreewald,
Jusos**

**Der/Die Landesparteitag möge
beschließen:**

**Der/Die Bundesparteitag möge
beschließen:**

Empfehlung der Antragskommission

Zurückgestellt

20 Stunden Arbeitszeit für BAföG-Empfänger: Der Schlüssel zur praktischen Erfahrung und finanziellen Stabilität.

1 Wir fordern, dass BAföG-
2 Empfänger*innen die reguläre
3 Stundenanzahl von 20 Stunden
4 pro Woche nutzen können, ohne
5 dafür finanzielle Einbuße zu
6 erhalten. Dieses Streben soll sich
7 der Bundesparteitag annehmen
8 und für eine Anpassung der
9 Hinzuverdienstgrenze für BAföG-
10 Empfänger*innen aussprechen.

11

12 **Begründung**

13 Studierende, die BAföG bezie-
14 hen, sollen die Möglichkeit er-
15 halten, bis zu 20 Stunden pro
16 Woche zu arbeiten, ohne dass
17 ihr Einkommen auf das BAföG
18 angerechnet wird. Die derzeiti-
19 ge Regelung führt dazu, dass vie-
20 le Studierende finanzielle Einbu-
21 ßen erleiden, wenn sie neben
22 dem Studium einer regulären Er-
23 werbstätigkeit nachgehen. Dies
24 benachteiligt insbesondere dieje-

Der Antrag wird unter Änderung
der Zeile 4 an den Bundespartei-
tag überwiesen.

25 nigen, die auf zusätzliche Einkünf-
26 te angewiesen sind, um ihren Le-
27 bensunterhalt zu bestreiten. In
28 Zeiten steigender Lebensunter-
29 haltkosten, insbesondere im Be-
30 reich der Mieten und Grundver-
31 sorgung, ist es für viele Studie-
32 rende unerlässlich, neben dem
33 Studium zu arbeiten. Die aktu-
34 elle BAföG-Regelung zwingt sie
35 jedoch, entweder auf wichtige
36 Praxiserfahrungen zu verzichten
37 oder ihr Studium aufgrund finan-
38 zieller Notlagen zu verlängern.
39 Dabei ist eine wöchentliche Ar-
40 beitszeit von bis zu 20 Stun-
41 den mit Regelungen zur studentischen
42 Beschäftigung und der So-
43 zialversicherungsfreiheit verein-
44 bar.

45 Eine Erhöhung der Hinzuver-
46 dienstgrenze würde nicht nur
47 eine bessere finanzielle Absi-
48 cherung gewährleisten, sondern
49 auch dazu beitragen, die Zahl
50 der Studienabbrüche zu senken.
51 Zudem fördert eine solche Re-
52 gelung die Chancengleichheit
53 im Bildungssystem, indem sie
54 Studierenden aus einkommens-
55 schwächeren Familien die gleiche
56 finanzielle Flexibilität ermöglicht
57 wie jenen, die nicht auf staatliche
58 Unterstützung angewiesen sind.

59 Wir fordern daher die Bundesre-
60 gierung bzw. das zuständige Mi-
61 nisterium auf, die bestehenden
62 BAföG-Hinzuverdienstgrenzen
63 so anzupassen, dass Studie-
64 rende neben ihrer Förderung
65 ohne finanzielle Einbußen ei-
66 ner Erwerbstätigkeit bis zu 20
67 Stunden pro Woche nachgehen
68 können. Dies würde nicht nur die
69 Eigenständigkeit und finanzielle
70 Sicherheit der Studierenden
71 stärken, sondern auch gleiche
72 Chancen für alle schaffen –
73 unabhängig von ihrer sozialen
74 Herkunft. Bildungserfolg darf
75 nicht von finanzielle Zwängen
76 abhängen, sondern sollte allen
77 Studierenden gleichermaßen
78 offenstehen.